

Schwerwiegende Themen machen Sorgen

Bürgermeister Franz Reicholds Anliegen für die Politiker im Bayerischen Landtag

Roding. (jh) Dass nicht nur Weihrauch geschwenkt wird, sondern auch klar zur Sprache kommt, was nicht passt, das war die Devise des Besuchs des CSU-Landtagsabgeordneten Dr. Gerhard Hopp am Freitag im Rodinger Rathaus. Bürgermeister Franz Reichold und der CSU-Ortsvorsitzende Dr. Michael Jobst formulierten ihre Sorgen, ehe sich der Abgeordnete für eine Stunde Zeit für die Bürger nahm.

Das Kommunale Abgabengesetz ist ein Punkt auf der Liste des Rodinger Bürgermeisters. Wenn zum Beispiel die Ausbaukosten einer Straße auf den Anlieger umgelegt werden, so sei hier der Gerechtigkeitssinn des Bürgers außen vorge lassen. Fremde fahren möglicherweise weitaus öfters auf dieser Straße als der Anlieger selbst. Mieter benutzen besagte Straße, Paketfahrer. Die bezahlen aber nichts.

Abgabengesetz trägt nicht zur Befriedung bei

Das Kommunale Abgabengesetz sei in diesem Bereich überholt. Die

Berechnung jetzt werde sicher nicht zur Befriedigung beitragen. „Ich hätte da beim Landtag auf neue Wege gehofft“, so Reichold. Und schmunzelnd: „Die Abgeordneten sollten erst mal 20 Jahre Erfahrung als Bürgermeister sammeln.“

„Am besten kostet eine Straße nichts“, scherzt Dr. Hopp zurück. Es sei generell schwierig, etwas total umzukrempeln. Den Vollausbau einer Straße nur aus Steuern zu bezahlen, sei nicht realistisch, denn die Steuereinnahmen bräuchte das Land für andere Aufgaben, beispielsweise zum Ausbessern von kaputten Straßen. Das Kommunale Abgabengesetz nennt der Abgeordnete einen Kompromiss, eine optimale Lösung sei es nicht.

Der ärztliche Bereitschaftsdienst ist ein anderer Punkt, den der Rodinger Bürgermeister anspricht. „Was hat die Politik da eigentlich noch zu sagen?“ Grundsätzlich seien auf dem Land zu wenige Ärzte und hier zudem viele, die eine gewisse Altersgrenze schon überschritten haben. Die neue Bereitschaftsregelung rühre daher, dass

weniger Ärzte zur Verfügung stehen, der Pool für die Bereitschaft aus einem größeren Radius heraus bestückt werden müsse. Die Wege für die Patienten würden dadurch aber auch deutlich länger.

„Die Regeln für die Niederlassung eines Arztes muss der Staat machen“, fordert Reichold, um damit dem Trend der Konzentration in Großstädten entgegenzuwirken. Seiner Ansicht nach seien Ärzte offenbar nicht bereit, ihre Pflicht, die aus ihrem Eide herrührt, angemessen zu erfüllen.

Auch die strengen Zulassungsbedingungen für ein Medizinstudium zweifelt Reichold an. „Wenn jemand einen Notenschnitt von 1,3 oder 2,0 hat, bedeutet das nicht, dass er ein schlechterer Arzt sein muss als ein Absolvent mit 1,0.“

Medizinische Versorgung wird zunehmend abgebaut

„Die wohnortnahe medizinische Versorgung wird leider immer mehr abgebaut“, fügt auch Dr. Michael Jobst an, CSU-Ortsvorsitzender und Vorsitzender von Pro Gesundheit. Dabei werde die ärztliche Versorgung zunehmend zum Standortfaktor. „Die Niederlassung wird derzeit aber nur berufsständisch bestimmt. Dies darf sich die Politik aber nicht aus der Hand nehmen lassen“, appelliert Jobst. Die Politik müsse die Zügel wieder mehr in die Hand nehmen, steige darauf aber derzeit zu wenig ein.

Was die Niederlassung von Ärzten auf dem Land betrifft, so ließe sich mit einem Regionalfaktor für Studierende einwirken, merkt Dr. Gerhard Hopp zu diesem Thema an.

Enttäuscht vom Bundesverkehrswegeplan

Natürlich gehört auch der neue Bundesverkehrswegeplan zum Themenplan des Rodinger Stadtoberhauptes. Außer der Ortsumgebung

Neubäu, die sich im Bau befindet, sei alles andere in der Warteschleife gelandet. Er, Reichold, sei enttäuscht und unzufrieden. „Wenn wir einen Autobahnanschluss hätten, würde ich mich zurückhalten; den haben wir aber nicht.“

Der Bundesverkehrswegeplan sei nicht akzeptabel, dem pflichtet MdL Dr. Gerhard Hopp bei. Der Landkreis wie das Land Bayern bräuchten eine Nachbesserung. „Wir brauchen dringend eine Aufstufung der B20 und der B85, außerdem den Bahnausbau nach Tschechien. Er, Hopp, habe bei seiner jüngsten Zugfahrt nach Prag sieben Baustellen entlang der Bahnlinie gezählt. Auf deutscher Seite tue sich hier nichts. Eine entsprechende Resolution sei zwischenzeitlich verfasst.“

Dass das kommunale Investitionsprogramm total überzeichnet sei, erwähnt Franz Reichold ebenfalls. Positiv sei hingegen die Co-Finanzierung mit dem Freistaat beim Breitbandausbau gewesen. Dadurch sei auch eine Erschließung der „weißen Flecken“ gewährleistet.

Derzeit, so Dr. Hopp, werde überlegt, das kommunale Investitionsprogramm neu aufzulegen.

Bei der anschließenden Bürgersprechstunde hatte sich der CSU-Abgeordnete mit den Themen Asyl, Pflegeversicherung und so manchem persönlichen Anliegen zu befassen.

Info

Etwa einmal im Jahr will der CSU-Landtagsabgeordnete Dr. Gerhard Hopp jeder der 39 Gemeinden im Landkreis Cham einen Besuch abstatten. Es geht ihm dabei darum, bei den Bürgermeistern vor Ort zu hören, wo der Schuh drückt. Zudem soll der Bürger die Gelegenheit bekommen, sich mit einem Anliegen direkt an ihn zu wenden, ohne dafür einen weiten Weg zurücklegen zu müssen.



Landtagsabgeordneter Dr. Gerhard Hopp (rechts) hörte sich die Sorgen der Stadt an. Bürgermeister Franz Reichold (Mitte) und Dr. Michael Jobst (links) trugen sie vor.